

Hochwasser: BI nennt Gründe für Schutzdamm

Infoveranstaltung Kosten müssten wohl Land und Verbandsgemeinde tragen

Von unserem Redakteur
Volker Schmidt

■ **Koblenz-Gondorf.** Ihrem Ziel, einem Hochwasserschutz für den historischen Ortskern von Koblenz, ist die Bürgerinitiative (BI) Hochwasserschutz einen Schritt näher gekommen. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (SGD) Nord hat ein Ingenieurbüro damit beauftragt, das Hochwasserschadenspotenzial für die Moselgemeinde neu zu ermitteln (die RZ berichtete). Anfang 2016 wird feststehen, ob die zu erwartenden Schäden so hoch sind, dass sie den Bau eines Schutzdamms rechtfertigen. Dass es soweit gekommen ist, sieht die BI auch als ihren Erfolg an.

„Die mikroskalige Untersuchung würde nicht gemacht werden, wenn man nicht davon ausgehen würde, in den Bereich der Wirtschaftlichkeit zu kommen“, sagte der Zweite Vorsitzende der BI, Klaus Meurer, auf einer Informationsveranstaltung im Restaurant



„Es ist nicht zu fassen, was wir alles gefunden haben.“

Der BI-Vorsitzende Johannes Eickhoff zu den vielen „Ungereimtheiten“ in der Schadenspotenzialstudie von 1997.

Moselterrassen. Zuvor hatte der Erste Vorsitzende Johannes Eickhoff den etwa 50 Zuhörern die aktuelle Situation und den Weg dahin noch mal aufgezeigt. Eickhoff kritisierte vor allem die Studie, die 1997 von der SGD vorgelegt worden war und die letztlich die Grundlage dafür war, dass in Koblenz-Gondorf kein Hochwasserschutz errichtet wurde. Darin werde Koblenz-Gondorf der geringste Schadens erwartungswert zwischen Cochem und Koblenz zugeordnet, so Eickhoff. Im Widerspruch dazu stehe, dass bei einem gewaltigen Hochwasser, wie es nur alle 200 Jahre vorkommt, vom höchsten Schaden zwischen Koblenz und Cochem auszugehen sei. „Da bin ich aufmerksam geworden“, blickte Eickhoff auf den Beginn seines Engagements zurück.

Im Laufe seines Vortrags zeigte Eickhoff Gefahrenkarten und erklärte: „Darin ist offensichtlich rumgebastelt worden.“ Als Beweis dafür verwies er auf den Parkplatz an der Mosel, der laut



Nur mit Booten zu befahren war die Fährstraße beim Hochwasser 1993. Könnte ein Schutzdamm ein solches Szenario verhindern?

Foto: BI Hochwasserschutz

Karte bei einem Hochwasser, wie es alle zehn Jahre auftritt, nicht betroffen sei. Das Hauptproblem bei der Studie von 1997 sei, dass man die falsche Untersuchungsmethode angewandt habe, so der BI-Vorsitzende. Die mesoskalige Untersuchung ist seiner Meinung nach zu grob. Zudem habe man das gesamte Ortsgebiet untersucht. Hauptbetroffen sei aber Koblenz. „Daher haben wir damals gesagt: Wir brauchen eine mikroskalige Untersuchung und eine Aufgliederung mit einem historischen Ortskern Koblenz.“ Nach der neuen Betrachtung gehe man von einem deutlich höheren Schadenspotenzial aus – bei

einem zehnjährigen Hochwasser etwa von einer 397-prozentigen Steigerung. Eickhoff hofft, dass die neue Studie des Ingenieurbüros Ruiz Rodriguez + Zesler + Blank zu dem Ergebnis führt, dass ein Hochwasserschutzdamm nötig ist.

Das mehrere Millionen Euro teure Objekt würde die Gemeinde keinen Cent kosten, so Eickhoff. Hintergrund: Laut Landeswassergesetz muss das Land zu 90 Prozent für die Kosten eines Schutzdamms aufkommen und die Verbandsgemeinde für die restlichen 10 Prozent. Der anwesende Ortsbürgermeister relativierte diese Aussage: „Es geht ja auch um die Betriebs-

kosten“, so Michael Dötsch. 2004 beschäftigte sich der Verbandsgemeinderat der Alt-VG Untermosel bereits mit diesem Thema. „Damals gab es Vorbehalte, weil das Land noch die Anerkennung verwehrt“, so VG-Bürgermeister Bruno Seibeld auf Nachfrage der RZ. Man entschied daher, dass die VG vom Kommunalanteil (also den 10 Prozent) an einem möglichen Schutzdamm nur 10 Prozent übernimmt, die Ortsgemeinde aber 90 Prozent. „Ich gehe davon aus, dass der Beschluss keine Gültigkeit mehr hat und dass das gilt, was im Landeswassergesetz steht“, so Seibeld, der der Problematik aufgeschlossen

gegenüber steht. „Wenn der Hochwasserschutz wirtschaftlich ist, sollte man die Sache angehen.“

Mit dem Vorgehen der Ortsgemeinde war die BI in der Vergangenheit nicht immer einverstanden. Bei der Infoveranstaltung bekundeten aber mehrere Ratsmitglieder ihre Verbundenheit mit den Zielen und erklärten, auf den Rat der BI zurückzugreifen zu wollen. „Grundsätzlich steht der Gemeinderat hinter dem Hochwasserschutz“, betonte FWG-Ratsmitglied Bernd Sauer. Und Michael Dötsch sagte: „Ich habe nie in Abrede gestellt, dass die Bürgerinitiative gute Arbeit leistet.“